



Jagd-Wahlprüfsteine zur Bayerischen Landtagswahl 2023

1) Notwendige Waldverjüngung ermöglichen

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die angesichts des Klimawandels notwendige Naturverjüngung und Pflanzung in allen Wäldern im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen möglich sein (Waldverjüngungsziel nach Art. 1 Abs. 2 Nr. 3 BayJG und Grundsatz „Wald vor Wild“ nach Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 BayWaldG 2005) und Vorrang vor privaten Jagdinteressen haben muss?

ja X ggfs. Begründung:

nein

2) Forstlichen Gutachten und Revierweise Aussagen

Will Ihre Partei das Forstlichen Gutachten stärken, indem für **alle Jagdreviere Revierweise Aussagen** festgeschrieben werden?

ja X

Begründung: Das ist aber ein über die Zeit zu etablierendes Vorhaben, welches hoher Personalressourcen bedarf. Begonnen werden muss deshalb im Bergwald und in den zu Mischwäldern umzubauenden Wäldern.

nein

3) Jagdzeit verkürzen und synchronisieren

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die **Jagdzeiten** für das Reh- und Rotwild vollständig zu synchronisieren und insgesamt zu verkürzen (Vorverlegung in den April, Jagdpause in Sommer und Verlängerung bis Ende Januar)? Damit sollen die Jagdzeiten an die geänderten Klimabedingungen angepasst, die Zeiten der Jagdruhe und des Tierschutzes ausgebaut sowie gleichzeitig eine effektivere Bejagung ermöglicht werden.

ja

nein X

Begründung: Deutschland hat die weltweit längsten Jagdzeiten. Zumindest im April, der Setz- und Brutzeit vieler schützenswerter Tiere, muss Ruhe im Revier sein. Im April könnten aus Tierschutzgründen ohnehin nur einjährige und männliche Tiere erlegt werden. Dies hat für den Zuwachs im laufenden Jahr keine Relevanz. Jagd dient immer auch der Erzeugung hochwertiger Lebensmittel. Im April, kurz nach dem Winter, ist das Wildbret von minderer Qualität.

4) In Revieren mit dauerhaft zu hoher Verbissbelastung Abschüsse nachweisen

Unterstützt Ihre Partei, dass für dauerhaft „rote“ Hegegemeinschaften und Jagdreviere ein **körperlicher Nachweis** zur Abschusskontrolle verpflichtend festgelegt wird, wie es in den sog. Leitlinien vorgesehen ist und wie es konsequentes Verwaltungshandeln erfordert?

ja X

Begründung: Das Hauptproblem "roter" Hegegemeinschaften ist aber, dass sich die Jagdgenossen (Grundstückseigentümer) meist nicht einig sind und deshalb keine klare einheitliche Kommunikation gegenüber den Jagdausübungsberechtigten besteht.

nein

5) Verwendung von Nachtzieltechnik wie in Baden-Württemberg

Unterstützt Ihre Partei, dass unter Einhaltung des gesetzlichen Nachtzeit-Jagdverbotes die **Jagd auf Reh-, Rot-, Dam- und Sikawild mit Nachtzieltechnik** ab 1,5 Stunden vor Sonnenaufgang bis 1,5 Stunden nach Sonnenuntergang erlaubt wird, wie es in Bayern auch für Schwarzwild und in Baden-Württemberg auch für Rehwild zugelassen ist.

ja

nein X

Begründung: Wir lehnen das aus Tierschutzgründen ab. Innerhalb der 1,5 h vor Sonnenaufgang und 1,5 h nach Sonnenuntergang ist Nachtzieltechnik in der Regel nicht notwendig. Wenn die Lichtverhältnisse doch zu schlecht sind, dann hilft auch Nachtzieltechnik nicht, da damit weibliche führende Tiere nicht sicher angesprochen werden können.

6) Rotwildabschuss in Vorgattern von Wintergattern

Unterstützt Ihre Partei angesichts regional stark steigender Rotwildbestände den **Abschuss von Rotwild** im Wintergatter im Gebirge, wie er im Nationalpark Bayerischer Wald in einem Vorgatter seit vielen Jahren erfolgreich und tierschutzgerecht praktiziert wird?

ja X

Begründung: Allerdings sollte überlegt werden, ob die Beschränkung der Rotwildvorkommen auf Rotwildgebiete und das Halten in Gattern im Winter zeitgemäß ist. Zumindest ist es nicht konsequent, wenn gleichzeitig u. a. bei Wolf, Bär, Fischotter keine räumliche Begrenzung angedacht wird.

nein

7) Regelung zu überjagenden Hunden bei Bewegungsjagden

Unterstützt Ihre Parteien die Kompromissregelung, wie in Baden-Württemberg, nach der das sogenannte „**Überjagen**“ von Hunden in den angrenzenden Jagdrevieren bei bis zu drei auf derselben Fläche durchgeführten Bewegungsjagden im Jagdjahr zu dulden ist, wenn ihnen die Durchführung der Bewegungsjagd spätestens 48 Stunden vor Beginn angekündigt wurde?

ja X

Begründung: Voraussetzung ist, dass der Reviernachbar vorher von der Jagd informiert wird. Grundsätzlich soll aber aus Tierschutzgründen darauf hingewirkt werden, dass Hunde nicht überjagen. Beim Überjagen kommt es zu häufig zu Wildunfällen und Rissen außerhalb des Einwirkungsbereichs des Hundeführers.

nein

8) Großräumige, revierübergreifende Drückjagden ohne Treiberbegrenzung

Unterstützt Ihre Partei, dass die bisherige Begrenzung der Treiberzahl auf 4 abgeschafft wird, **um großräumige, revierübergreifende Drückjagden zu ermöglichen**, bei denen gleichzeitig auf Schwarzwild und andere Schalenwildarten gejagt wird?

ja Begründung:

nein X

Begründung: Großräumige Drückjagden haben sich als ineffektiv und kaum steuerbar erwiesen. Besser und auch heute schon Praxis ist es, mehrere Drückjagden gleichzeitig in benachbarten Revieren durchzuführen. Die Beschränkung auf 4 Treiber besteht daher faktisch nicht.

9) Rehwild-Fütterungsverbot

Unterstützt Ihre Partei ein **Fütterungsverbot** von Rehwild (mit Ausnahme der Kirschjagd)?

Ja X ggfs. Begründung:

nein

10) Trophäenschau

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass im Zuge des Bürokratieabbaus die **Trophäenschau** liberalisiert und in eine freiwillige Veranstaltung der Jäger überführt wird?

Ja X ggfs. Begründung:

nein

11) Aufhebung der Schonzeitverordnung im Gebirge

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, diese im Schutzwald bewährte Verordnung zur **Aufhebung der Schonzeitverordnung im Gebirge** ab Mitte 2024 wieder um 5 Jahre zu verlängern, um den Aufwuchs der notwendigen Verjüngung und die Schutzfunktionen der Bergwälder zu sichern?

ja X ggfs. Begründung:

nein

12) Vertretung der Jäger

Unterstützt Ihre Partei, dass mehrere – und nicht nur eine einzige - Vertretung der Jäger (§51 BayJG) anerkannt wird?

ja X

Begründung: Die Querelen im Bayerischen Jagdverband haben gezeigt, dass sich viele Jägerinnen und Jäger dort nicht mehr vertreten fühlen. Es muss aber sichergestellt werden, dass weitere vertretungsberechtigte Verbände von ausreichend Revierinhabern unterstützt werden.

nein

